

SPÖ und Liste Fritz üben scharfe Kritik am neuen Agrargesetz

Im Landtag wollen die Parteien nicht zustimmen, weil die Stichtagsregelung die Täter schützt und Rückforderungen an die Substanzverwalter abgeschoben würden.

Die unendliche Geschichte rund um die Tiroler Gemeindeguts-Agrargemeinschaften ist um eine Facette reicher. Die Tiroler Oppositionsparteien haben gegen die von der ÖVP und den Grünen beschlossene Regelung beim Verfassungsgerichtshof Beschwerde eingelegt und teilweise Recht bekommen. Nun muss das Agrargesetz noch heuer geändert werden. Zustimmung wird es dafür von SPÖ und Liste Fritz keine geben.

„Keinen Befreiungsschlag, sondern einen Rückschritt legen ÖVP und Grüne vor. Ein politischer Kniefall vor der ÖVP-Agrarfunktionärslobby, bei dem die Grünen die willfähigen Steigbügelhalter für die Schwarzen geben. Statt das Agrarunrecht endlich zu beenden und den Tiroler Gemeindegütern das zurückzugeben, was ihnen zusteht, schafft Schwarz-Grün mit diesem Agrargesetz neue Ungerechtigkeiten und schützt die Täter und Mittäter von damals. Das zeigen Liste Fritz und SPÖ, aber auch die Tiroler Arbeiterkammer mit dem schwarzen AK-Präsidenten Zangerl in ihren Stellungnahmen zum Agrargesetz unmissverständlich auf“, erklären



Andreas Brugger (li.), Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter Schneider und SPÖ-Agrarsprecher Georg Dornauer üben scharfe Kritik am Schwarz-Grünen Agrargesetz.

Liste-Fritz-Klubobfrau Andrea Haselwanter-Schneider und SPÖ-Agrarsprecher Georg Dornauer. Agrarexperte und Ex-Liste-Fritz-Mandatar Andreas Brugger hat in seiner 30-seitigen Stellungnahme vor allem drei Kritikpunkte herausgearbeitet:

Einer davon betrifft die neue Stichtagsregelung, die mit dem Jahr 1998 festgelegt wurde, ein zweiter die Vorgangsweise, dass die Landesregierung die heiße Kartoffel „Rückforderung“ an die Gemeinden bzw. den Substanzverwalter abschiebe, und

ein weiterer die Teilwaldfrage, die neue Ungerechtigkeiten schaffe, indem ein kleiner Teil der Bevölkerung zum Schaden der Allgemeinheit profitiere.

Klientelpolitik

„Der neue Stichtag 1998 bedeutet, dass alle Ansprüche davor erlöschen, alle Täter und Mittäter bleiben unbehelligt! In Mieming wurden beispielsweise Leute mit Grundstücksgeschäften zu Euro-Millionären. Es ist total unverständlich, dass ÖVP und Grüne für die Allgemeinheit per Gesetz auf Ansprüche

vor 1998 verzichten, während zahlreiche Agrarmitglieder mithilfe eines Schweizer Prozessfinanzierers die Gemeinden mit Klagen in Milliardenhöhe eindecken! Auch für die Jahre nach 1998 müssen die Gemeinden die Rückforderungen selbst vornehmen und haben dafür nur zwei Jahre Zeit. Das Land Tirol als ehemaliger Mit- bzw. Haupttäter hätte hier von sich aus aktiv werden müssen, statt Verantwortung abzuschieben. Die neue Stichtagsregelung beweist, die ÖVP ändert nur das Notwendigste. Bei der

A'KOMMENTAR

AK ist Garant für die Rechte der Arbeitnehmer!

von AK-Präsident Erwin Zangerl



Die Arbeiterkammer ist wichtiger denn je: Mehr als 310.000 Beratungen allein im Jahr 2016, davon 103.000 in den Tiroler Bezirkskammern, sind ein klares Zeichen, dass immer mehr Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Land Hilfe brauchen. Sei es in arbeitsrechtlichen Fragen, beim Konsumentenrecht, beim Wohnen, bei Fragen zu Steuern, Pension oder Sozialem, zu Bildung, Jugend und Lehre. Wenn jetzt im Wahlkampfgetöse mit der Beschneidung bzw. sogar Abschaffung der Kammern geworben wird, sollten sich alle Arbeitnehmer im Klaren sein, dass damit ein massiver Verlust ihrer Rechte einhergehen würde.

Eines ist sicher: Vor der Wahl wird um die Stimmen derjenigen geworben, für deren Probleme man nach der Wahl kein offenes Ohr mehr haben wird. Denn wer die Kammern abschaffen will, dem sind auch die Anliegen der Arbeitnehmer egal – nur hatte bisher noch keiner der Polit-Profis den Schneid, dies den mehr als 3,6 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Österreich offen mitzuteilen! Wir wehren uns gegen diese Form der Politik und wir stehen für die Tiroler Beschäftigten ein, die ohne Arbeiterkammer nicht nur ihre Rechte, sondern auch viel Geld verlieren würden. Denn wer hilft, wenn sich Arbeitnehmer-Familien nicht wehren können, weil ihnen die finanziellen Mittel dazu fehlen?

Es ist nicht anzunehmen, dass irgendeine neoliberale Gruppierung den Beschäftigten etwa bei arbeitsrechtlichen Schwierigkeiten kostenlosen Rechtsschutz gewährt, wie die Arbeiterkammer. Wir aber nehmen die Anliegen der Arbeitnehmer ernst, das stellen wir Tag für Tag unter Beweis. Für uns zählt Solidarität und nicht die politische Spielerei auf dem Rücken der 350.000 Tiroler Beschäftigten!

erwin.zangerl@ak-tirol.com

ÖVP ist kein Sinneswandel eingetreten und die ÖVP hat weiterhin nicht das Allgemeinwohl der Tiroler, sondern das Wohl einzelner Privilegierter im Auge“, so die harsche Kritik von Andreas Brugger.

SPÖ-Agrarsprecher Georg Dornauer äußert den Verdacht, dass durch den Stichtag 1998

„alle Schweinereien von früher reingewaschen werden“ sollen. Bei den Teilwäldern profitiere ein kleiner Teil der Bevölkerung, während die Allgemeinheit durch die Finger schau. „Die Gemeinden bzw. Substanzverwalter sind arme Hunde“, meint Dornauer abschließend.